

Wir wachen jeden Morgen am 7. Oktober auf

Krise: Eine Tagung des Kasseler Documenta-Instituts

Der Ton wird rauer, unversöhnlicher. Für selbstverständlich gehaltene Standards sind plötzlich nicht mehr belastbar. Korridore der Verständigung verschließen sich, Gesprächsfäden reißen ab. Ihre geschlossene Demission begründet die Findungskommission für die 16. Documenta im Jahr 2027 – nach dem Ausscheiden zweier ihrer Mitglieder – mit dem mangelnden Glauben daran, dass es in Deutschland derzeit „Raum für einen offenen Gedankenaustausch und die Entwicklung komplexer und nuancierter künstlerischer Ansätze gibt“. Auch „kurzfristig akzeptable Bedingungen“ erwarten die zuletzt vier verbliebenen Mitglieder nicht. Das würde dann also bedeuten: Gute Nacht, Documenta. Überraschend meinen die Jurorinnen und Juroren an die „lange Tradition des aufgeschlossenen und intellektuell verantwortungsvollen Diskurses“ erinnern zu müssen, an die „ideologische Verblendung“, derer man sich in Kassel „von Anfang an“ gewidmet habe. Eine irritierende Argumentation angesichts der forcierten Anstrengungen der vergangenen Jahre, ebendiesen Mythos zu entzaubern.

Der kollektive Rücktritt ist jüngster Paukenschlag in einer Chronik der Tiefschläge für die Weltkunstschau. Die Kapitulation auf der ganzen Linie und natürlich die Terroranschläge vom 7. Oktober in Israel überschatteten jetzt eine vom Documenta-Institut veranstaltete Tagung in Kassel, die eigentlich „nach vorne schauen“ wollte, für die Zukunft aber nur ein ernüchterndes Resultat zeitigte: Das Verfahren für die Bestellung einer neuen künstlerischen Leitung, so Geschäftsführer Andreas Hoffmann, sei bis auf Weiteres auf „Full Stop“ gesetzt. Die Documenta sei „schon immer ein Spiegel ihrer Zeit“ gewesen, stellte der Kasseler Oberbürgermeister Sven Schoeller fest, redete damit aber den Umstand schön, dass sich die Documenta 15 im vorigen Jahr dank hartnäckiger Diskursverweigerung zum Spielball der Kontroversen degradieren ließ.

Daran lässt sich auch nicht deuteln durch ein Symposium mit dem mehr als rhetorischen Fragezeichen, ob die letzte Ausgabe eine Zäsur darstelle. Auch die Versuche, die D15 im Nachhinein als „Brennpunkt einer Debatte über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus“ produktiv zu machen, wenn man sie denn als „Ereigniszusammenhang“ sieht, entlastet sie im Wording eher vom Versagen, jene Debatten zum Bestandteil der Schau zu machen, die jetzt nachgeholt werden. Ohne diese zu führen, werden sich alle Ansätze neuer Findungsverfahren in Formalismus erschöpfen.

Auf der gut besuchten und engagiert verfolgten Tagung erteilte der Soziologe Klaus Holz eine veritable Lehrstunde in Sachen Ursprünge von linkem Antisemitismus. Intensive Momente erlebte sie in ihren selbstkritischen Beiträgen. Der aus Tel Aviv zugeschaltete Natan Sznajder erzählte von seiner existenziellen Verun-

sicherung, bis heute am Datum des Anschlags durch die Hamas „festzuhängen“. Eine „lineare Zeit“ existiere für ihn gerade nicht, stellte der Soziologe ohne Lar moyanz fest. „Wir wachen jeden Morgen am 7. Oktober auf.“ Besonders verstörend sei für ihn die „eliminierende Idee“ der Hamas, die es „ja nicht auf Siedler und Netanjahu-Wähler abgesehen“ habe, sondern auf Juden als solche – das sei eine „neue Situation für die Juden global“. Freimütig räumte Sznajder ein, die antisemitischen Bildformeln auf der D15 als „intellektuelles Spiel“ aufgenommen, sogar dafür plädiert zu haben, das Taring-Pardi-Banner an Ort und Stelle zu belassen. All das sei jetzt aber „tödlicher Ernst“ geworden. Auf die Frage aus dem Publikum, was er zu den Opfern im Gazastreifen zu sagen habe, bekannte Sznajder, er könne sein „Mitgefühl momentan nicht gut verteilen“. Erst wenn die Geiseln frei und die Hamas besiegt seien, „kann für mich der 8. Oktober anbrechen“.

Zu den Erfahrungen, die auf dem von Heinz Bude (als Dauermoderator im Parlanto) und Meron Mendel eingerichteten Symposium geteilt wurden, zählt auch eine unerfreuliche Kommunikation in der Wissenschaft. Mendel schilderte seine Befremdung über eine gesplattene Linke, die nach dem 7. Oktober jedwede Sympathie für die Opfer unter seinen Landsleuten habe vermissen lassen, und über einen „fundamentalistischen Begriff von Befreiung“, mit der automatisch die Vernichtung der jeweils anderen Seite gemeint sei. Für den Kunstbetrieb mahnte Mendel „Compliance“ in Gremien wie der Findungskommission und im Fall Ranjit Hoskotés an. Es gehe nicht an, einer Jury „eine extrem relevante Info zu verschweigen“ und sie damit in Bedrängnis zu bringen.

Nicole Deitelhoff berichtete von einer „Flut an Kritik und Hass keineswegs nur in den sozialen Medien“ auf die Erklärung Jürgen Habermas' über die Solidarität mit Israel, die sie mitunterzeichnet hat. „Da ist ein Austausch vielfach nicht mehr möglich.“ Ihrerseits hat die Frankfurter Konfliktforscherin mit dem „Abschlussbericht“ der Documenta vorgebracht, wie man umstrittene Bildwerke mit philologischer Akribie analysieren kann. Woran die Berliner Antisemitismusforscherin Yael Kupferberg anknüpfen konnte. Kupferberg schilderte ihren Zwiespalt im Umgang mit antijüdischen Stereotypen, wenn sie diesen mit ihrem epistemologischen Anspruch als Wissenschaftlerin und ihren Affekten als Jüdin begegne, plädierte aber nachdrücklich dafür, auch eindeutig antisemitische Werke wie das Banner „People's Justice“ offensiv sichtbar zu kontextualisieren.

Fazit der Tagung: Politisch motivierte zeitgenössische Kunst wird gerade von Politik eingeholt und gnadenlos überrollt. Die dafür zuständige Documenta taumelt in einer Identitätskrise, sucht Orientierung in der Gegenwart, die sie demnächst bitte ohne Antisemitismus abbilden soll.

GEORG IMDAHL